

# **„Europäische Politik für die Bauern? Zur Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik 2013«**

Öffentliche Diskussion von Linksfraktion im Europäischen Parlament, Bundestags-fraktion DIE LINKE und Landtagsfraktion der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern

Schwerin, 25. Juni 2011

## **Begrüßungsrede Lothar Bisky**

Verehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

im Namen der drei Veranstalter begrüße ich Sie und Euch zu unserer Diskussionsveranstaltung über die zukünftige Gemeinsame Agrarpolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (GAP).

Der Zeitpunkt für unsere Diskussion, die wir konstruktiv-kritisch führen wollen, scheint mir günstig gewählt. Die gesellschaftliche Debatte zur Mitteilung der EU-Kommission, wie es nach 2013 mit der GAP weitergehen soll, ist im vollen Gange.

Erst vorgestern verabschiedete das Europäische Parlament seine diesbezügliche EntschlieÙung.

In vier Tagen wird die Kommission ihren Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU von 2014 bis 2020 vorlegen.

Im Herbst werden dann die Legislativvorschläge zur GAP erwartet. Spätestens dann beginnt die heiÙe Phase des

„Tauziehens“ zwischen den Mitgliedsstaaten.

Schließlich dürfte es zur Einigung innerhalb des Europäischen Rats und zwischen Rat und Parlament kaum vor Ende 2012 kommen.

Es gilt die verbleibende Zeit für ein gutes Resultat zu nutzen. Bereits frühzeitig haben wir Linke uns positioniert. Nach dem Grundsatz „Agieren ist besser als reagieren“ verständigten sich Abgeordnete der Europafraktion, unsere Agrarpolitiker im Bundestag und den Landtagen und die AG Agrarpolitik und ländlicher Raum bei der Partei im Frühjahr 2010 auf ein eigenes Positionspapier zur Zukunft der GAP. **Kirsten Tackmann** wird dazu sprechen.

Mir als Vorsitzender der Linksfraktion im Europaparlament sei gestattet, kurz auf die bereits erwähnte EntschlieÙung einzugehen.

Das Parlament sprach sich darin unter anderen aus

- für die Beibehaltung des künftigen EU-Agrarhaushalts zumindest auf dem Niveau von 2013,
- für den Erhalt des bewährten Zwei-Säulen-Modells,
- für das sogenannte "Greening", die Koppelung der Direktzahlungen an die Erfüllung von Umweltauflagen,
- für eine stärkere Angleichung der Direktzahlungen innerhalb der EU (einem Konfliktfeld zwischen alten und neuen Mitgliedsländern),
- für den Abbau von Bürokratie und Verwaltungskosten,

- **aber auch** für eine betriebsgrößenabhängige Deckelung der Direktzahlungen (von der insbesondere Agrarbetriebe in Ostdeutschland, der Tschechischen Republik und der Slowakei betroffen sein würden).

Die Auseinandersetzungen um diese EntschlieÙung waren hart. Dafür spricht nicht nur die Zahl von 1267 Änderungsanträgen allein im Agrarausschuss. Bemerkenswerter ist, dass sich die EVP-Fraktion als stärkste Fraktion im Europaparlament, zu der auch die deutschen CDU/CSU-Abgeordneten gehören, in wichtigen Punkten - auch wegen abweichender Meinungen in ihren eigenen Reihen - nicht durchsetzen konnte.

#### Hierfür ein Beispiel:

Im ursprünglichen EntschlieÙungsentwurf des Berichterstatters Albert Dess, bayerischer CSU-Europaabgeordneter, sollte „jeder Mitgliedstaat mindestens **zwei Drittel** des EU-Durchschnitts der Direktzahlungen erhalten“. Dagegen gab es Widerstand.

So beantragte der Agrarvertreter meiner Faktion, Alfreds Rubiks aus Lettland, dass die Angleichung auf „**mindestens 80 Prozent** des EU-Durchschnitts“ erfolgen müsse. Das wurde von der Ausschussmehrheit als unrealistisch abgelehnt, aber auch Dess konnte sich mit seinen zwei Dritteln nicht durchsetzen.

Der beschlossene Kompromiss besagt schließlich, „*dass jeder Mitgliedstaat einen **Mindestprozentsatz** des EU-Durchschnitts ... erhält und dass eine **Höchstgrenze** ermittelt wird.*“

Ich erwähne das, weil mir dieser Tage zu Ohren kam, dass die

Kommission erreichen will, dass die Direktzahlungen je Hektar in allen EU-Mitgliedstaaten künftig wenigstens **80 Prozent** des EU-weiten Durchschnittswerts von 2013 betragen. Immerhin ist das die Größe, die wir Linken in die Debatte geworfen haben. So unrealistisch, wie uns oft vorgeworfen, scheinen wir demnach doch nicht zu sein. Vielleicht, so meine Bitte, äußert sich Herr **Schulz-Greve** von der Kommission auch zu dieser Problematik.

Eine Frage, die besonders Landwirte in Ostdeutschland und hier in Mecklenburg-Vorpommern, treffen würde, ist die von der Kommission beabsichtigte und vom Europaparlament leider gebilligte und verschärfte betriebsgrößenabhängige Deckelung der Direktzahlungen, die von uns Linken prinzipiell abgelehnt wird.

Manche sehen in der Deckelung bloße "Symbolpolitik unter der Flagge „Mehr Gerechtigkeit“, mit der versucht wird, die öffentliche Meinung angesichts der hohen Agrarausgaben zu besänftigen.

Tatsächlich verbirgt sich jedoch dahinter eine Diskussion um Agrarstrukturen, eine Diskussion, die wir sehr ernst nehmen und ernsthaft führen sollten.

Ich kann hier nicht auf das Pro und Contra eingehen, bin mir aber sicher, dass sich dazu **Josef Senfeld**, Abgeordneter des tschechischen Parlaments, ebenso wie **Dr. Martin Piehl** vom hiesigen Landesbauernverband und andere äußern werden.

Grundsätzlich möchte ich jedoch hervorheben:

Für uns Linke hat die Frage nach der Zukunft der Landwirtschaft eine hohe Priorität. Die agrarwirtschaftliche Primärproduktion gehört nun einmal zu den Schlüsselbereichen beim sozial-ökologischen Umbau. Sie muss durch nachhaltige Produktionsmethoden und -verfahren die Nachfrage nach Rohstoffen für sichere, gesunde Lebens- und Futtermittel sowie Biomasse zur energetischen und stofflichen Nutzung decken.

Zugleich soll sie die Böden fruchtbar, das Wasser sauber und die Luft rein halten sowie die Biodiversität und vielfältigen Kulturlandschaften bewahren.

Wir wollen eine Gemeinsame Europäische Agrarpolitik, die konsequent sozial und ökologisch ausgerichtet ist und stärker die globalen Herausforderungen und zugleich auch die Belange der Entwicklungsländer berücksichtigt.

Hierzu wird uns sicher **Tobias Reichert** von Germanwatch wertvolle Anregungen vermitteln. Auch die Beiträge der Europaabgeordneten **Gabi Zimmer, Sabine Wils** und **Helmut Scholz** werden zeigen, dass es erforderlich ist, die Agrarpolitik in ihrer ganzen Komplexität anzugehen.

Ich wünsche uns für heute eine interessante, kulturvolle und ertragsreiche Debatte.